

Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Ausschuss für Haushalt, Personal und Diversity

Einladung

27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Personal und Diversity

Sitzungstermin: Dienstag, 12.12.2023, 17:30 Uhr

Raum, Ort: BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Annahme von Niederschriften**
- 4 Vorstellung der gleichstellungspolitischen Ziele des Bezirkes durch die Gleichstellungsbeauftragte für Charlottenburg-Wilmersdorf Frau Lück**
- 5 Drucksachen**
 - 5.1 LSBTI-Ansprechperson im Bezirk schaffen! 0168/6**
Fraktion DIE LINKE
 - 5.2 Beauftragtenstelle für queeres Leben schaffen 0200/6**
Grüne/SPD
 - 5.3 Frauen in Charlottenburg-Wilmersdorf sichtbar machen - Frauenbeirat jetzt! 0212/6**
SPD-Fraktion
 - 5.4 Beauftragte:r gegen Antisemitismus-und Rassismus für den Bezirk 0545/6**
Fraktion DIE LINKE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung und Fragen an die Verwaltung**
- 7 Verschiedenes**
- 8 Schließung der Sitzung**

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Alissa Wiemann
Ausschussvorsitzende

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0168/6****Beratungsfolge:**

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> | |
|--------------|----------------|----------------------|
| 23.06.2022 | BVV | BVV-010/6 überwiesen |
| 06.09.2022 | HH | HH-011/6 vertagt |
| 08.11.2022 | HH | HH-013/6 vertagt |
| 13.12.2022 | HH | HH-015/6 vertagt |
| 12.12.2023 | HH | HH-027/6 |
| | BVV | |

LSBTI-Ansprechperson im Bezirk schaffen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, eine Stelle mit mindestens 75 % Stellenanteil (entsprechend der Empfehlung des Rates der Bürgermeister:innen) für eine Ansprechperson für Lesben, Schwule, bisexuelle, transgender und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) zu schaffen. Erforderliche Mittel sind beim Senat anzufordern.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Die IGSV (Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt" der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung) sieht vor, dass sowohl alle Senatsverwaltungen als auch die Bezirke IGSV-Ansprechpersonen benennen (Beschluss des Abgeordnetenhauses (DS 18/1220 resp. 18/1434): „Der Senat wird sich daher über den Rat der Bürgermeister*innen dafür einsetzen, dass die Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt durch je eigene bezirkliche Maßnahmen flankiert und unterstützt wird. Auch in den Bezirksämtern ist für die Umsetzung der IGSV eine Ansprechperson zu benennen.“

Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist bislang keine Ansprechperson für Lesben, Schwule, bisexuelle, transgender und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) sichtbar.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Grüne/SPD

Kempf/Weise/Sempf/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0200/6**

Beratungsfolge:

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> | |
|--------------|----------------|----------------------|
| 01.09.2022 | BVV | BVV-011/6 überwiesen |
| 08.11.2022 | HH | HH-013/6 vertagt |
| 13.12.2022 | HH | HH-015/6 vertagt |
| 12.12.2023 | HH | HH-027/6 |
| | BVV | |

Beauftragtenstelle für queeres Leben schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine Beauftragtenstelle für queeres Leben zu schaffen. Die Stelle soll direkt der Bezirksbürgermeisterei angesiedelt sein und eng mit allen Abteilungen des Bezirksamtes zusammenarbeiten, um einen gemeinsamen Aktionsplan zu erstellen. Ziel der Stelle soll sein:

- Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen
- Bildung von Kindern und Jugendlichen zu LSBTIQ* voranzubringen
- Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Jugendzentren und Projekten im Bereich LSBTIQ* zu stärken
- Stärkung der Familienarbeit im Bereich LSBTIQ*
- Vielfältigkeit durch LSBTIQ* gerechte Pflege voranbringen
- Wandel der Verwaltungen vorantreiben
- Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erhöhen

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Unser Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird immer vielfältiger und bunter. In unserm Bezirk leben Menschen, die schwul, lesbisch, trans, queer, inter, bisexuell oder non-binär sind. Wir wollen aufzeigen, dass unser Bezirk diese Vielfältigkeit lebt und spezielle Angebote für die LSBTIQ-Community schaffen. Ein gemeinsamer Austausch und Dialog ist wichtig, um Hürden und Misstrauen zu überwinden. Dafür braucht es eine eigene

Beauftragtenstelle, die sich um die wichtigen Fragen der LSBTIQ* Community kümmert und die Themen der Community weiter voranbringt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Biewener

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0212/6**

Beratungsfolge:

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> | |
|--------------|----------------|----------------------|
| 01.09.2022 | BVV | BVV-011/6 überwiesen |
| 10.10.2023 | HH | HH-025/6 vertagt |
| 12.12.2023 | HH | HH-027/6 |
| | BVV | |

Frauen in Charlottenburg-Wilmersdorf sichtbar machen - Frauenbeirat jetzt!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, einen Frauen*beirat im Bezirk zu gründen. Dieser soll sich als Interessensvertretung der im Bezirk lebenden und handelnden Frauen* verstehen. Er soll ein beratenes Expertinnen*gremium für Gendergerechtigkeit und Gleichstellung sein. Der Frauen*beirat soll direkt bei der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten angegliedert sein. Der Aufruf soll öffentlich und durch gezielte Ansprache von Frauen und Mädchennetzwerken erfolgen. Die Wahl der Mitglieder soll auf Vorschlag des Bezirksamts durch die BVV erfolgen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Frauen* und das Thema Gleichstellung sind wichtige gesellschaftliche Themen. Sie greifen in jedes Themenfeld ein, egal ob Stadtentwicklungspolitik oder Familienpolitik. Gleichwohl braucht es einen Raum, in dem Frauen* sich geschützt miteinander über politische Vorhaben austauschen und eigene Ideen entwickeln können. Der Frauen*beirat kann dies leisten. Vorbilder dafür gibt es in Pankow, Mitte oder Tempelhof-Schöneberg. Es ist an der Zeit, nachdem der Bezirk keinen eigenen Ausschuss mehr für Frauenpolitik hat und das Genderbudgetting auf allen Themenbereichen verstreut wurde, Frauen* spezifische Themen einen Raum zu geben. Hierfür soll der Beirat mit Frauen aus dem Bezirk die hier leben und arbeiten besetzt werden. Der Frauenbeirat soll direkt bei der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten angegliedert sein.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

Antrag**DS-Nr: 0545/6****Beratungsfolge:**

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> | | | |
|--------------|----------------|-----------|--|------------|
| 29.06.2023 | BVV | BVV-021/6 | überwiesen | |
| 12.07.2023 | PartInt | Par-010/6 | ohne Änderungen im Ausschuss beschlossen | 9J; 1N; 1E |
| 12.12.2023 | HH | HH-027/6 | | |

Beauftragte:r gegen Antisemitismus-und Rassismus für den Bezirk

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Einrichtung der Stelle einer:eines Beauftragte:n gegen Antisemitismus- und Rassismus zu prüfen sowie deren:dessen Aufgaben im Bezirk dazulegen.

Der BVV ist bis zum 07.09.2023 zu berichten.

Begründung:

Nicht erst die massiven antisemitischen Übergriffe und Entgleisungen durch Spieler und Verantwortliche eines Charlottenburger Fußballvereins 2022 haben gezeigt: Charlottenburg-Wilmersdorf hat ein Problem mit Antisemitismus und Rassismus. Unzählige weitere schwere Fälle lassen sich nennen, in den Menschen im Bezirk antisemitisch und/oder rassistisch beleidigt und bedroht oder Opfer von Gewalt wurden. Hinzu kommen täglich antisemitische und rassistische Schmierereien, Propaganda oder Sachbeschädigung. Die Zahlen solcher Vorfälle steigen im Bezirk jährlich und sind auf einem berlinweit hohen Niveau (vgl. Jahresbericht Register CW & RIAS Berlin 2022). Laut der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) ist Charlottenburg-Wilmersdorf der Bezirk mit dem berlinweit höchsten Anteil an direkten, antisemitischen Konfrontationen. Die Zahl (gemeldeter) rassistisch motivierter Vorfälle erreichte 2021 mit 122 einen traurigen Höhepunkt (2017: 77 Fälle, 2021: 122 Fälle, vgl. Jahresbericht Register CW 2022). Dazu müssen Berliner:innen täglich systemischen Rassismus in Behörden, bei der Wohnungssuche oder beim Einkaufen erdulden.

Der Bezirk muss seine Bemühungen zur Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus verstärken. Ein:e Beauftragte:r gegen Antisemitismus- und Rassismus ist Ansprechpartner:in für Betroffene. Er:sie baut die Zusammenarbeit mit Vereinen, Gemeinden und Verbänden aus, um Strukturen gegen Antisemitismus und Rassismus im Bezirk zu stärken, präventiv tätig zu werden und Institutionen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fit zu machen. Der:die Beauftragte wirkt zudem in die Verwaltung

hinein, um sicherzustellen, dass der Grundsatz der allgemeinen Gleichheit ausnahmslos Anwendung findet.